

lismus und seiner deutschen Handlanger zum nationalen Widerstand zu erheben. (Beifall.)

Der nationale Widerstand muß auf der ganzen Linie entfacht werden. Wenn die Arbeiter und Bauern Westdeutschlands den Zusammenhalt mit den Arbeitern und Bauern im Osten Deutschlands pflegen wollen, dann müssen sie sich entschlossen über die Anweisungen ihrer zentralen Leitungen in den Organisationen hinwegsetzen. Die Kaufleute und Unternehmer Westdeutschlands, die den Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik treiben wollen, müssen das gegen die Weisungen der westlichen Besatzungsbehörden tun. Kulturschaffende Westdeutschlands, die den Kampf gegen die Ausbreitung der amerikanischen Kulturbarbarei führen, müssen zeigen, daß sie nicht gewillt sind, die kulturelle Einheit Deutschlands zerreißen und das große deutsche Kulturerbe vernichten zu lassen. Gegen die gesetz- und völkerrechtswidrigen Demontagen muß sich die ganze Bevölkerung Westdeutschlands zum Widerstand erheben, damit ihre materielle Lebensbasis nicht den Profitinteressen des anglo-amerikanischen Monopolkapitals geopfert wird.

Die westlichen Besatzungsmächte berufen sich zur Durchführung ihrer Versklavungspolitik auf die „Bestimmungen über die Deklaration in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ und auf die „Bestimmungen über den Kontrollrat“, in denen übereinstimmend gesagt wird:

„Deutsche Behörden und Staatsangehörige haben alle Anordnungen der Vertreter der Alliierten zu befolgen!“

Die Befehlsgewalt der westlichen Alliierten kann sich auf diese Bestimmungen heute überhaupt nicht mehr berufen, denn im Abschnitt III des Potsdamer Abkommens über Deutschland ist unter a) Ziffer 1 der politischen Grundsätze gesagt:

„wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte, welche in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates handeln... gemeinsam in den g a n z Deutschland betreffenden Fragen ausgeübt.“

Die westlichen Oberkommandierenden der Streitkräfte haben danach also über gesamtdeutsche Fragen überhaupt nicht mehr rechtmäßig zu entscheiden, denn

1. entscheiden sie nicht „gemeinsam“, und
2. entscheiden sie nicht in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrats, weil sie selbst die Arbeit des Kontrollrats gesprengt und unmöglich gemacht haben.